

Wahlen im Protektorat

Kosovo-Albaner stimmen über neues Parlament ab

Von Werner Pirker, Wien

Die am Sonntag stattfindenden Parlamentswahlen in Kosovo sind die ersten seit der im Februar 2009 einseitig erklärten Unabhängigkeit der von Serbien widerrechtlich losgetrennten Provinz. Am spannendsten dürfte dabei die Frage sein, in welchem Ausmaß sich die Kosovo-Serben an den Wahlen beteiligen werden. Anders als bei den Kommunalwahlen im vergangenen Jahren hat Belgrad seine Landsleute diesmal nicht zum Wahlboykott aufgerufen, sondern ihnen die Wahl zwischen Boykott und Teilnahme freigestellt.

Dieser wenig konsequenten Haltung der serbischen Regierung dürfte die Absicht zugrunde liegen, eine gute Gesprächsbasis für die EU-Beitrittsverhandlungen zu schaffen. Die Europäische Union ist freilich bereits in Serbien, bevor Serbien in der EU ist: als Mandatsmacht über die süd-serbische Provinz Kosovo.

So werden also insgesamt acht serbische Parteien bei den Wahlen antreten. Sie dürften sich vor allem jenen rund 60000 Kosovo-Serben zur Wahl stellen, die im Inneren der Provinz angesiedelt sind, während die rund 80000 Serben, die nördlich des Flusses Ibar in der Stadt Kosovska Mitrovica weitgehend getrennt von den Kosovo-Albanern leben, die Wahlen boykottieren und damit ihre Unabhängigkeit von der Unabhängigkeit kundtun dürften.

Den Parlamentswahlen ist eine Regierungskrise vorausgegangen, die im November zum Bruch der Regierungskoalition aus Demokratischer Partei (PDK) um den bisherigen Ministerpräsidenten und früheren UCK-Häuptling Hashim Thaci und der vom verstorbenen Präsidenten Ibrahim Rugova gegründeten Demokratischen Liga (LDK) führte. Beobachter gehen davon aus, daß Thaci Koalitionsbruch und Neuwahlen provoziert hat, weil er sich daraus eine weitere Stärkung seiner Position erhofft. Ein Kalkül, das vor allem auf der Schwäche seines Hauptkonkurrenten beruht. Denn die LDK ist seit dem Tod ihres populären Gründers von einer Krise in die nächste getaumelt. Als neuen Koalitionspartner hat Thacis PDK die Allianz Neues Kosovo (AKR) ausersehen, die vom Multimillionär Begjet Pacolli angeführt wird.

Unklar ist, ob die sich seit jeher mit der PDK um die Führungsrolle duellierende LDK ihren zweiten Platz behaupten kann. Sie hat immerhin den Abgang ihres prominentesten Mitglieds Uke Rugova, Sohn des Ibrahim, zu verschmerzen, der zur Allianz für die Zukunft (AAK) gewechselt ist. Diese steht unter der Leitung von Ramush Haradinaj, der in Den Haag wegen Kriegsverbrechen angeklagt ist.

Umfragen zufolge dürfte die LPV (Bewegung für Selbstbestimmung) zur drittstärksten Kraft aufsteigen. Ihre Vorsitzender Albin Kurti hat den populistischen Part in diesem Wahlkampf übernommen. Er geriert sich als Rächer der Enterbten, prangert unermüdlich Korruption und mafiose Strukturen sowie die Bereicherungsmentalität der Politikerkaste an. Folgerichtig spricht er sich gegen die Privatisierungen als die Ursache aller Verwerfungen aus. Doch ist Kurti noch nationalistischer gestimmt als seine Mitbewerber. Er agitiert gegen die NATO-Präsenz, aber auch gegen Verhandlungen mit Belgrad. Zudem vertritt er ein großalbanisches Programm, das die Vereinigung aller albanischen Gebiete Südosteuropas in einem Großstaat vorsieht.

Die Unabhängigkeit hat der Bevölkerung des Kosovos keineswegs ein besseres Leben beschert, ja nicht einmal die Hoffnung auf ein solches. Die Vorherrschaft der organisierten Kriminalität, die aus den UCK-Strukturen hervorgegangen ist, verhindert jede wirtschaftliche Entwicklung. Laut Weltbank leben 52 Prozent der Bevölkerung von weniger als zwei Euro am Tag. Etwa 50 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung ist arbeitslos. Doch auch die politische Unabhängigkeit ist mehr Fiktion, denn Wirklichkeit. De facto ist die Provinz ein von der NATO und der EU besetztes Land.